

# DEUTSCHE POLITIK

## ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1963

Die Innenpolitik der ersten Monate des neuen Jahres stand weiter im Zeichen von Lähmung, Entschlußlosigkeit und Prestigeeinbuße der Unionsparteien, verursacht durch ungeklärte Kanzlernachfolge, durch Skandale und durch Zweifel an der Außenpolitik. Die Folgen waren zwei schwere Niederlagen der CDU bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zum Landtag von Rheinland-Pfalz.

In Berlin haben die Christlichen Demokraten über 160 000 Stimmen, das sind mehr als ein Viertel ihres Bestandes von 1958, verloren. Davon ist vielleicht ein Drittel aus Verärgerung überhaupt nicht zur Wahl gegangen (60 000 Stimmen wurden diesmal weniger abgegeben als 1958). Eine Anzahl früherer CDU-Wähler mögen diesmal FDP gewählt haben, offenbar aber nicht sehr viele, da die FDP fast genau soviel Stimmen erhielt, wie vor vier Jahren auf die FDP, Freie Volkspartei und Deutsche Partei zusammen entfallen waren (rund 8 vH). Etwa zwei Drittel der abtrünnigen CDU-Wähler aber dürften diesmal direkt SPD gewählt haben. Die SPD erreichte, dank einem Zuwachs von 112 000 Stimmen, mit fast einer Million Stimmen einen Rekord. Ihr Anteil stieg von 52,6 auf 61,9 vH; derjenige der CDU sank von 37,7 auf 28,9 vH. Sämtliche 80 Direktmandate gingen an die SPD, dazu noch neun Listenmandate. Auch der frühere Bundesminister *Lehmann* und Bürgermeister *Amrehn* wurden von Sozialdemokraten geschlagen. Besonders eindrucksvoll sind die SPD-Erfolge in den bisher vorwiegend bürgerlichen Stadtteilen. In Amrehns Wahlbezirk Steglitz ist der CDU-Anteil von 48,4 auf 36,8, also um 11,6 vH, zurückgegangen, während der durchschnittliche Rückgang der CDU in Berlin nur 8,8 vH beträgt. Führte die CDU vor vier Jahren noch in vier der zwölf Verwaltungsbezirke, so hat die SPD diesmal in elf Verwaltungsbezirken die absolute und nur in Zehlendorf (mit 48 vH) die einfache Mehrheit errungen.

### *Koalition SPD/FDP*

Obwohl die SPD mit ihren 89 von 140 Abgeordnetenhaussitzen allein die Regierung hätte bilden können, hat Regierender Bürgermeister *Willy Brandt* sofort seine Bereitschaft zur Koalitionsbildung erklärt. Ein neuer Allparteienrat kam allerdings angesichts der relativen internationalen Beruhigung um Ber-

lin nicht mehr in Betracht. Obwohl Bundeskanzler *Adenauer* seinen Berliner Freunden eine Fortsetzung der Koalition mit den Sozialdemokraten anraten ließ, hielten diese es für zweckmäßiger, in Anbetracht ihrer schweren Niederlage in die Opposition zu gehen. So bot sich ein Zusammengehen der SPD mit den Freien Demokraten, die nach vierjähriger Verbannung mit zehn Mann ins Abgeordnetenhaus zurückgekehrt waren, von selber an. Drei FDP-Politiker wurden als Senatoren in die neue Stadtregierung unter Bürgermeister Brandt aufgenommen. Den Posten des zweiten Bürgermeisters behielten die Sozialdemokraten diesmal für sich, und zwar wurde mit ihm der frühere Senatschreiber und ehemalige niedersächsische Vertriebenenminister *Albertz* betraut, der offensichtlich auch einmal die Nachfolge Brandts in Berlin, bei dessen Abwanderung in die Bundespolitik, erhalten soll. *Dr. Adolf Arndt* trat als Senator für Wissenschaft und Kunst in den neuen Berliner Senat ein.

Die Bundes-CDU war von dem Ausgang der Wahl, der ihren Berliner Freunden einen Rückgang von 8,8 Punkten, den Sozialdemokraten einen Gewinn von 9,3 Punkten, im ganzen also eine Vergrößerung des Abstandes auf der Prozentskala zwischen führender Sozialdemokratie und nachfolgender CDU von 14,9 auf 33 Punkte gebracht hatte, höchst betroffen. Sie tröstete sich jedoch damit, daß dies ein durch die spezifischen Berliner Verhältnisse bedingtes außergewöhnliches Wahlergebnis sei.

### *Neue Niederlage in Rheinland-Pfalz*

Gerade sechs Wochen hielt dieser Trost an, bis er durch das niederschmetternde Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 31. März 1963 zerstört wurde. Bei dieser Wahl verlor die CDU in einem Land, das sie immer als ihre ureigenste Domäne angesehen und dessen Geschicke sie 17 Jahre lang durch ihren Ministerpräsidenten *Altmaier* gelenkt hatte, ihre absolute Mehrheit im Landtag. Hatte man vor der Wahl davon gesprochen, daß ein CDU-Verlust von drei Sitzen schon als Erdbeben angesehen werden müsse (bei 52 von 100 Sitzen), so ergab sich in der Nacht nach der Wahl, daß die CDU sechs Sitze verloren hatte. Der Rückgang des CDU-Anteils von 48,4 auf 44,4 wäre nicht einmal so sensationell gewesen, hätten nicht zu gleicher Zeit Sozialdemokraten von 34,9 auf 40,7 vH angezogen, somit das selbstgesetzte Ziel, die 40-Prozent-Grenze, überschritten und einem Verlust von 51 000 CDU-Stimmen einen SPD-Gewinn von 116 000 Stimmen und sechs Mandaten entgegengestellt. So wurde der Stimmentvorsprung der CDU, der 1959 noch 232 000 betragen hatte, auf 65 000, der Vorsprung auf der Prozentskala von 13,5 auf

3,7 reduziert, während das Übergewicht von 15 CDU-Abgeordneten im Landtag auf ganze drei zusammenschumpfte (46 CDU, 43 SPD).

Die Verbesserung des prozentualen Anteils der Sozialdemokraten um 5,8 stellt in Wirklichkeit eine fast zwanzigprozentige Vermehrung der SPD-Stimmen in Rheinland-Pfalz (von 597 000 auf 713 000) dar. Besonders hart trifft die CDU die Feststellung, daß die Sozialdemokraten ihre prozentual höchsten Gewinne ausgerechnet in den erzkatholischen CDU-Hochburgen der Eifel und des Hunsrück stellenweise um 45 bis 65 vH (so in den Landkreisen Ahrweiler, Simmern, Daun und Cochem) zu steigern vermochten. Den größten Anstieg ihres Stimmenanteils hat die SPD im Kreis Simmern zu verzeichnen (von 22,5 auf 35,6 vH).

In einer kleineren Anzahl von Stadt- und Landkreisen decken sich die CDU-Verluste ziemlich genau mit den SPD-Gewinnen. In einer größeren Anzahl aber sind die SPD-Gewinne wesentlich höher als die CDU-Verluste. Man kann annehmen, daß der größere Teil der 40 000 gültigen Stimmen, die diesmal mehr als 1959 abgegeben worden sind, den Sozialdemokraten zugute gekommen ist. Auf der anderen Seite muß man auch damit rechnen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der 23 000 Stimmen der CDU, die vor vier Jahren noch nicht kandidierte, auf Kosten der SPD gegangen ist.

#### *Rechtsradikale DRP ausgeschaltet*

Erfreulicherweise ist die rechtsradikale Deutsche Reichspartei, die vor vier Jahren die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen und einen Abgeordneten in den Landtag gebracht hatte, im neuen Parlament nicht mehr vertreten, da sie 35 Prozent ihres damaligen Stimmenbestandes eingebüßt und nur noch einen Anteil von 3,2 vH erreicht hat. Es liegt nahe, bei der Suche nach der Herkunft der sozialdemokratischen Gewinne auf die 31 000 Stimmen zurückzugreifen, welche die DRP verloren hat. Freilich wird, wer die Struktur des Landes und der DRP-Wählerschaft kennt, es füglich bezweifeln, daß diese DRP-Wähler von 1959 jetzt SPD gewählt haben. Sie dürften vielmehr zur FDP und vor allem zur CDU zurückgekehrt sein. Dafür, daß die CDU mindestens zwei Drittel der früheren DRP-Stimmen geerbt hat, spricht auch der Umstand, daß überall dort, wo die DRP starke Einbußen erlitten hat, die CDU-Verluste beträchtlich unter dem Landesdurchschnitt liegen, so in den Landkreisen Birkenfeld, Bingen, Neustadt (Pfalz), Kirchheim-Boland, Kaiserslautern (Stadt- und Landkreis). Wahrscheinlich sind dort die Stimmenabgaben der CDU an die SPD auch nicht geringer als in den übrigen Landesteilen; die Verluste der

CDU erscheinen aber deshalb als besonders niedrig, weil diese Partei einen großen Teil der früheren DRP-Stimmen bekommen hat. Schätzungsweise hat also die CDU nicht nur die 51 000 Stimmen, die als reiner Verlust erscheinen, an die Sozialdemokraten abgegeben, sondern 75 000 bis 80 000, also etwa zehn Prozent ihres Stimmenbestandes von 1959. Vereinzelt freilich, so in den Landkreisen Kreuznach und Simmern, ist der starke Zuwachs der SPD-Stimmen nur so zu erklären, daß die Sozialdemokraten auch noch von örtlichen Verlusten der Freien Demokraten profitiert haben, die übrigens im Landesdurchschnitt gegenüber der letzten Landtagswahl um 11 000 Stimmen oder um einen Anteil von 0,4 vH anzogen, gegenüber der letzten Bundestagswahl freilich 82 000 Stimmen, das ist fast ein Drittel ihres damaligen Bestandes, verloren haben.

#### *Liberale Kulturpolitik mit CDU oder SPD?*

Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten haben sofort nach ihrem respektablen Wahlerfolg den Freien Demokraten ein Koalitionsangebot gemacht mit dem Ziel, eine liberalere Kulturpolitik zu treiben. Sie waren der Ansicht, daß trotz des vor der Wahl von der FDP ausgedrückten Wunsches, die Landeskoalition CDU/FDP aufrecht zu erhalten, durch das Wahlergebnis eine neue Situation geschaffen sei. Sie machten den Freien Demokraten ein großzügiges Angebot: sie sollten nicht weniger als vier Ministerposten (bei 11 Abgeordneten im Landtag) bekommen, während die Sozialdemokraten (43 Abgeordnete) sich mit dem Ministerpräsidenten- und drei weiteren Ministerposten begnügen wollten. FDP-Bundesvorsitzender Dr. *Mende* und einige seiner rheinland-pfälzischen Parteifreunde erklärten, es komme ihnen nicht auf die Zahl der Ministerposten, sondern auf das Regierungsprogramm an. Inzwischen haben sich die Meinungen innerhalb der FDP gespalten. Ein Teil ist für Annahme des sozialdemokratischen Angebotes, da sie bezweifeln, daß mit der CDU in diesem „schwärzesten“ Bundesland überhaupt eine liberale Kulturpolitik, wie man sie dem Wähler versprochen hat, möglich sei. Auch fürchten sie, daß bei Erneuerung der CDU/FDP-Koalition die wirklich liberalen Wähler der FDP beim nächsten Mal gleich zur SPD gehen, wie dies bereits jetzt an einigen Stellen, so in den Landkreisen Kreuznach und Simmern, offenbar der Fall gewesen ist. Schließlich sehen die Freien Demokraten in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Berlin, die dort bereits mit den Sozialdemokraten zusammen regieren, in einer SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz einen weiteren Modellfall für eine entsprechende Koalitionsbildung im Bunde.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die geradezu wissenschaftliche Art, mit der die rheinland-pfälzische SPD ihren Wahlkampf durchführte, vor allem die systematische Bearbeitung der sogenannten „Entwicklungsgebiete“, wesentlich dazu beigetragen hat, die Ernte voll in die Scheuer zu bringen. Wie gut diese Arbeit war, kann man ermessen, wenn man erfährt, daß die herangezogenen Sozialwissenschaftler vor der Wahl ein Optimum von 720 000 erreichbaren Stimmen errechnet hatten und daß die SPD in der Wahl dann nur geringfügig weniger, nämlich 713 194 Stimmen, erzielte. Natürlich wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen, hätten hier nicht bereits entsprechende Trends zugunsten der SPD und zum Nachteil der CDU vorgelegen.

#### *CDU hat sich selbst geschlagen*

Bereits nach dem Berliner Wahlergebnis hatte man Spekulationen darüber angestellt, ob es vorwiegend die von der CDU erzwungene Absage des Treffens mit *Willy Brandt* mit *Chruschtschow* oder die von der Berliner Bevölkerung als besonders amerikafeindlich empfundenen Umstände des deutsch-französischen Vertragsabschlusses gewesen seien, die der CDU so sehr geschadet haben. Eine exakte Meinungsumfrage ergab dann, daß es vorwiegend die *Spiegel-Affäre* und ihre Begleiterscheinungen waren. Ob das auch für Rheinland-Pfalz zutrifft, wird noch eine genauere Untersuchung dort zeigen müssen. Jedenfalls herrscht auch bei der Kanzlerpartei die Ansicht vor, die CDU habe sich selbst geschlagen, wie sich ein dieser Partei nahestehendes Blatt ausdrückte. Exminister *Ernst Lemmer* meinte, so könne es nicht weitergehen, wenn seine Partei nicht vollends Selbstmord begehen wolle. Aber das ist leicht gesagt, wenn erst einmal soviel widrige Momente zusammengekommen sind: Skandale, eine Außenpolitik, welche die Bundesrepublik in einen Gegensatz zur *Kennedy*-Regierung zu treiben droht, und das Trauerspiel um die Kanzlernachfolge.

#### *Die Kanzlernachfolge*

Der Kern dessen, was man in Bonn das „Malaise“ der CDU nennt, ist das seit vier Jahren in der Schwebe gehaltene Problem der Nachfolge Adenauers. Das Vaterbild, das Adenauer verkörperte, ist zu einem großen Teil dahingeschwunden, weil heute alle, einschließlich seiner Parteifreunde, auf seinen Rücktritt warten. Das Aufkommen neuer Autoritäten hat der Kanzler mit Macht zu verhindern versucht. Selbst *Erhards* Autorität, die er als Wirtschaftsminister erwarb, reicht, dank der Gegnerschaft Adenauers und nicht zuletzt auch dank eigener Weichheit und Unentschlossenheit, nicht für das

Amt des Regierungschefs aus. *Gerhard Schröder*, der wahrscheinlich tüchtigste Mann, den die CDU für diesen Posten zu präsentieren hat, ist erst recht nicht populär genug. Auch *v. Brentano* und *Kiesinger* werden wieder als Kandidaten genannt. Die CDU/CSU glaubt, Adenauer nicht das Mitspracherecht bei der Auswahl seines Nachfolgers bestreiten zu können. In richtiger Erkenntnis des Schadens, den die aufeinanderfolgenden und sich meist widersprechenden Erklärungen zur Nachfolgefrage seitens der *Dufhues*, *von Brentano* usw. dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit zufügen, ist neuerdings eine Gruppe um den Arbeitsminister *Blank* auf die Idee gekommen, Adenauer solle unter Entbindung von seinem Rücktrittsversprechen bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 1965, Bundeskanzler bleiben.

Adenauer scheint an diesem Vorschlag Geschmack gefunden zu haben. Schon vor einiger Zeit ließ er durchblicken, daß er sich an sein Rücktrittsversprechen für den Herbst 1963 nicht halten werde, falls die Partei sich für Erhard entscheide. Neuerdings hat er sogar von Cadenabbia aus verlauten lassen, sein Rücktrittsversprechen sei ein Fehler gewesen. Dabei hat weder er noch die Gruppe *Blank* bedacht, daß die FDP auf Einhaltung der Rücktrittszusage besteht und daß auch die Mehrheit der CDU nicht für eine Adenauer-Kanzlerschaft bis 1965 zu gewinnen ist, so daß also durch diesen Vorschlag nur noch mehr Verwirrung entsteht.

Im Gegensatz zu *Blank* und seinen Anhängern, die von der Hinausschiebung der Entscheidung um weitere zweieinhalb Jahre eine Beruhigung des derzeitigen CDU-feindlichen, SPD-freundlichen Publikumstrends erhoffen, verspricht sich eine andere Flügelgruppe einen solchen Erfolg nur von einer schnellen Entscheidung der Nachfolge, möglichst noch vor den niedersächsischen Landtagswahlen am 19. Mai. Diese Wahl ist ohnehin der große Alpdruck der CDU, nachdem sich in Niedersachsen eine neue Deutsche Partei unter Mitwirkung eines Mitgliedes des Weifenhauses gebildet hat und die Bemühungen, den populären früheren DP-Vorsitzenden *Heinrich Hellwege* für einen Spitzenplatz der CDU zu gewinnen, gescheitert sind. Zu allem Überfluß hat kürzlich eine Meinungsuntersuchung für die CDU nur 36, für die SPD aber 48 Prozent der Gunst der niedersächsischen Bevölkerung erbracht.

#### *Böser Bumerang Spiegel-Affäre*

Langsam, aber sicher beginnt sich die *Spiegel*-Affäre zu einem bösen Bumerang für die Regierung Adenauer und die CDU/CSU zu entwickeln. Eine Hamburger Untersuchung hat ergeben, daß dort, am Hauptschauplatz der Handlung, Ende vergangenen Jahres die *Spiegel*-Affäre der Hauptgesprächsstoff der Bevölkerung

war. Im gesamten Bundesgebiet stand zwar die Kuba-Krise, die Ende Oktober den Weltfrieden aufs schwerste bedroht hat, an der Spitze, aber ihr folgte, in weitem Abstand vor anderen Fragen, selbst vor dem deutsch-französischen Vertrag, die *Spiegel-Affäre*. Wie in Berlin der Hinweis auf diese Affäre als Hauptmotiv für die Abwendung von der CDU mit einem starken Vertrauenszuwachs für SPD und Willy Brandt verbunden war, so zeigt sich auch bei der Hamburger Umfrage eine beträchtliche Zunahme der Bevölkerungssympathien für die in der Landespolitik führende SPD und ihren Regierungschef Dr. *Paul Nevermann*. Die SPD kommt den sich von der CDU abwendenden wie den Schichten der Neuwähler dabei offensichtlich durch die seit dem Godesberger Programm sich vollziehende Entwicklung zur Volkspartei entgegen, aber auch durch eine geschickte Heranziehung von jungen, tüchtigen Kräften, besonders in der Kommunalpolitik. Zu dem wachsenden Gefühl, bei der SPD, wenn sie einmal die Bundespolitik leiten sollte, gut und sicher aufgehoben zu sein, kommt mit jedem neuen Wahlerfolg natürlich auch ein steigender Mitläufereffekt hinzu, der Wunsch, bei den Erfolgreichen und den Siegern von morgen zu sein — alles Erscheinungen, von denen jahrelang die CDU/CSU profitiert hat.

#### *Kleinlaut gewordener Strauß*

Auch in der bayerischen CSU schwelt der Streit zwischen der „liberalen“ Richtung des ehemaligen Verteidigungsministers *Strauß* und des bayerischen Finanzministers *Eberhard* auf der einen, der konservativen Richtung des Barons *zu Guttenberg* und des Landwirtschaftsministers *Hundhammer* auf der anderen Seite um die Führung der Partei weiter. Von *Guttenberg* stammt der Ausspruch, die CSU sei gesund an ihren Gliedern, aber krank am Kopfe. *Strauß* selbst ist ziemlich kleinlaut von seinem sechswöchigen iberischen Erholungsaufenthalt zurückgekehrt. Er hat in seiner Abwesenheit eine sehr schlechte Presse gehabt, auch bei den meisten Opportunisten, die ihm bislang wegen seiner Intelligenz und Energie alle möglichen Skandale und Skandalchen nachsehen zu müssen glaubten. Eine so ruhige und besonnene Journalistin wie die Gräfin *Dönhoff* schrieb in der *Zeit*, *Strauß* sei als „ein gescheiter, alerter, machthungriger Lügenbold entlarvt“ worden.

Die Situation des ehemaligen Verteidigungsministers hat sich durch die Veröffentlichung des amtlichen Spiegel-Berichtes der Bundesregierung Anfang Februar eher verschärft. Bei der Bonner Staatsanwaltschaft ist ein Verfahren wegen Freiheitsberaubung gegen seinen früheren Staatssekretär *Hopf* und den Madrider Militärattache Oberst *Oster* anhängig, das jederzeit auf *Strauß* ausgedehnt werden

kann. Staatssekretär *Hopf* fühlt sich durch den amtlichen Spiegel-Bericht zu Unrecht für Handlungen verantwortlich gemacht, die seinem damaligen Minister zur Last fallen, und hat seine Versetzung in den Ruhestand beantragt. Der neue Minister, *von Hassel*, scheint ihn nicht halten zu wollen, sondern hat bereits einen Nachfolger vorgesehen.

Aus dem amtlichen Bericht geht eindeutig hervor, daß *Strauß* in seinem Telefongespräch mit Militärattache Oberst *Oster* in der Nacht zum 27. Oktober diesem einen dienstlichen Befehl, die Festnahme des Spiegel-Redakteurs *Ahlers* zu veranlassen, gegeben und sich dabei nicht nur auf einen Auftrag des Bundeskanzlers, sondern auch des Bundesaußenministers berufen hat, der nicht einmal in die Sache eingeweiht war. Dieses unbefugte Eingreifen in fremde Ressorts ist ein verfassungswidriges Verhalten, von dem strafrechtlichen Tatbestand der Freiheitsberaubung einmal ganz abgesehen.

#### *Der Fall Jahn/Merten*

Die Sozialdemokraten haben den *Spiegel*-Fall unter weitgehender Benutzung des amtlichen Berichtes in einer übersichtlichen Synopsis dargestellt, in der dem ehemaligen Verteidigungsminister *Strauß* neun Unwahrheiten, dem Bundesinnenminister *Höcherl* fünf und dem Bundeskanzler eine vorgeworfen werden. Die SPD-Fraktion des Bundestages hat sich von dieser Veröffentlichung auch nicht durch die Drohung des CDU-Fraktionsgeschäftsführers *Rasner* abbringen lassen, seine Fraktion werde dann sozialdemokratische Geheimnisverletzungen im Bundestag zur Sprache bringen. Die CDU/CSU-Fraktion hat nach der Veröffentlichung der sozialdemokratischen Synopsis ihre Drohung wahrgemacht. Es geht dabei um ein vertrauliches Schriftstück aus dem Verteidigungsausschuß, die Maßregelung des Fliegerkommodore *Barth* durch den Minister *Strauß* betreffend. Als dieser Fall im Sommer von der SPD angeschnitten worden war, hatte der Minister es verstanden, eine Ausschußsitzung darüber zu einem Zeitpunkt anberaumen zu lassen, in dem einige der gut eingeweihten Ausschußmitglieder verhindert waren. Durch unvollständige Wiedergabe des damals noch geheimen Urteils des Wehrdisziplinarhofes war es *Strauß* gelungen, den Ausschuß zu überrumpeln und dessen Billigung zu erlangen. Eine entsprechende, unvollständige und irreführende Darstellung der Disziplinentcheidung erschien auch im amtlichen Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Der sozialdemokratische Fraktionsgeschäftsführer *Gerhard Jahn* beschaffte sich von seinem Parteifreund, dem stellvertretenden Ausschußvorsitzenden *Hans Merten*, eine Ablichtung des Urteils (das inzwischen durch die

Veröffentlichung in einer juristischen Fachzeitschrift längst seinen vertraulichen Charakter verloren hat) und übergab diese dem *Spiegel*-Redakteur *Schmelz*, der dann den tatsächlichen Sachverhalt in seiner Zeitschrift veröffentlichte. Abgeordneter Jahn hat seine Handlung nicht geleugnet, sondern nur dazu erklärt, er habe sich angesichts der unwahren Erklärungen von Strauß in einem Notstand befunden. Trotzdem mißbilligte die sozialdemokratische Fraktion das Verhalten Jahns und nahm dessen Rücktritt als Fraktionsgeschäftsführer an; sein Angebot, auch das Mandat niederzulegen, lehnte sie ab. Die Fraktion stellte sich außerdem vor den Abgeordneten Merten, der berechtigt gewesen sei, das Protokoll an Jahn zu geben, zumal er nichts von dessen Absicht gewußt habe, es an Schmelz weiterzugeben.

#### *Geringe Publikumswirkung*

Von der CDU wurde versucht, aus dieser Geheimnisaffäre um den Überstleutnant Barth so etwas wie eine sozialdemokratische Beteiligung an der eigentlichen *Spiegel-Affäre* um den *Foertsch-Fallex-Artikel* zu machen. Es wurde deshalb auch versucht, den früheren sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und derzeitigen hamburgischen Innensenator *Helmut Schmidt*, dem der Spiegel-Redakteur *Ahlers* das Manuskript seines Foertsch-Artikels in einem frühen Stadium zur Durchsicht übergeben hatte, in die Angelegenheit hineinzuziehen. Schmidt konnte aber glaubhaft machen, daß das Manuskript damals noch nicht die Beurteilung des Fallex-Manövers enthielt, daß er mehrere Stellen des Artikels beanstandet und Ahlers im übrigen an eine für die Beurtei-

lung dieser Sache zuständige Stelle verwiesen habe.

Inzwischen hat sich der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß für den Fall Jahn/Merten konstituiert. Auf Wunsch der SPD sollen auch andere Fälle von Geheimnisverrat untersucht werden. Jedenfalls hat das Hochspielen dieser Angelegenheit im rheinland-pfälzischen Wahlkampf der CDU keinen Erfolg gebracht, und auch im übrigen Bundesgebiet ist das Interesse daran schnell erlahmt. Wirksam geblieben aber scheint in der Bevölkerung die Erinnerung an die Aktion gegen den *Spiegel* zu sein, auch nachdem mit *Rudolf Augstein* der letzte in dieser Affäre Verhaftete nach 103 Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Bundesregierung, Bundesanwaltschaft und CDU/CSU möchten von dieser in der Öffentlichkeit als höchst suspekt geltenden Angelegenheit gern möglichst unauffällig und geräuschlos herunterkommen, während die Allgemeinheit das größte Interesse an einer völligen Aufklärung und daran hat, daß die Drahtzieher zur Verantwortung gezogen werden.

\*

Alle Anstrengungen der CDU/CSU haben nicht verhindern können, daß sie von der SPD zum erstenmal seit langer Zeit in der Gunst des Publikums überholt worden ist. Die letzte Emnid-Umfrage ergab 32 Prozent für die SPD, 30 Prozent für die CDU, sieben Prozent für die FDP und drei Prozent für sonstige Parteien. Der Entscheidungskampf bei den nächsten Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl 1965 wird um die 28 Prozent gehen, die sich diesmal noch als meinungslos bezeichnet haben.

*Dr. Hans Henrich*